



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/246 - 24.10.1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 039 890

Folgen des Nein zum Saarstatut	S. 1
Risse in der MAEO	S. 3
Christentum und Parteien	S. 5
Nein-Breunung an die katholischen Unternehmer	S. 7

## Nach dem Sieg der Freiheit

Von Dr. Karl Mommer

An diesem klaren Ergebnis kann niemand deuteln. Die zehn Jahre lang verbreitete Legende, die deutsche Saarbevölkerung unterstütze die Politik der Abtrennung von Deutschland, ist zusammengebrochen. So klar ist das Ergebnis, dass Herr Hoffmann, der am Tage vor der Abstimmung, versicherte, im Falle des Nein bleibe alles beim alten, noch in der Nacht nach der Abstimmung selbst zurücktrat. Dieser Mann hat eine verhängnisvolle Rolle im Nachkriegseuropa gespielt. Mit diesem seinem Entschluss hat er zum ersten Mal Europa einen Dienst erwiesen. Damit ist uns eine Last von der Seele genommen. Wenn die Forderung nach Bildung einer neuen Regierung und nach Neuwahlen zum Landtage mit Pressionen hätte durchgesetzt werden müssen, hätte es leicht zu einem westlichen Gegenstück des 17. Juni 1953 in der Zone kommen können.

Das allein Vorzüglichste ist mit dem Rücktritt Hoffmanns schon geschehen. Unerträglich für die Deutschen an der Saar ist es nicht, unter den bisherigen Konventionen noch eine Reihe von Monaten weiterzuleben. Unerträglich dagegen mußte es für sie an dem Tage nach dem Nein werden, unter der Regierung weiterzuleben, von der sie im Auftrag einer fremden Macht zehn Jahre lang geknebelt worden waren. Es muß nun darauf ankommen, dass Neuwahlen des Landtages so bald wie möglich stattfinden, und dass es Hoffmann unmöglich gemacht wird, in dieser Frage eine Verschleppungspolitik zu betreiben. Deshalb ist die Forderung der Parteien

des Heimatbundes so wichtig, dass sofort an die Stelle der Regierung Hoffmann ein geschäftsführendes Kabinett von Fachleuten tritt.

Vergeblich hat die französische Regierung versucht, die Abstimmungsberechtigten mit der Drohung, sie werde über kein neues Statut verhandeln, zur Annahme des vorliegenden Statutes zu bewegen. Der Erfolg dieser ungeschickten Drohung blieb ihr versagt. Dafür aber bleibt sie jetzt auf den Nachteilen ihres Verhaltens sitzen: es ist schwierig für sie, von dem törichten "niemals" herunterzukommen. Der Ministerrat der westeuropäischen Union dürfte die geeignete Stelle sein, von der aus hier eine Brücke gebaut werden kann. Dabei darf man nicht vergessen, dass niemand an neuen Verhandlungen interessiert ist, so lange es in Saarbrücken keine aus freien Wahlen hervorgegangene Regierung gibt.

Gegen die französische Regierung und gegen den in gleicher Weise mitbesiegten Bundeskanzler hat die Saarbevölkerung an diesem 23. Oktober ihr Schicksal selbst in die Hand genommen. In Zukunft kann kein Schritt mehr in der Saarpolitik getan werden, ohne dass eine demokratisch legitimierte Vertretung der Saarbevölkerung ihm zustimmt. Das bedeutet aber, dass man in Frankreich einige Monate Zeit hat, sich von dem Schock zu erholen und zu der Erkenntnis durchzuringen, dass das deutsch-französische Verhältnis und eine vernünftige Europa-Politik nicht auf der Verweigerung des Rechtes einer Million Deutscher gegründet werden können, Deutsche zu bleiben und nur mit allen Deutschen zusammen Europäer zu sein.

Der Bundeskanzler wird einsehen müssen, wie schlecht es ihm bekommt, die sehr europäischen Grundsätze der freien Wahlen, der freien Selbstbestimmung und des Rechtes auf Einheit der Nation nur nach dem Osten hin zu vertreten. Hätte er Grundsätze und Kühnheit, so könnte er das Ergebnis des 23. Oktober zu einer Trumpfkarte erster Ordnung im Kampf um die Wiedervereinigung Deutschlands in Ost und West werden lassen. Fakten pflegen Staatsmänner anders zu beeindrucken als noch so pathetisch vorgetragene politisch-moralische Grundsätze. Es kommt jetzt darauf an, gerade unseren demokratischen Freunden im Westen klarzumachen, dass der Sieg des Nein an der Saar kein Sieg des deutschen Nationalismus, sondern ein Sieg ihrer eigenen besseren Überzeugung über eine Politik ist, die ihre Wurzeln nicht in Menschenrechtskonventionen und europäischen Statuten, sondern im Geist von Jalta hatte. Vor dem 23. Oktober hat der Bundeskanzler in dieser eminent europäischen und deutschen Sache total versagt. Wird er jetzt weiter versagen? \* \* \*

Die Durststrecke der NATO

Gegenseitiges Unbehagen, Stagnation und Kräfteschwund

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Der Mann mit den größten Sorgen in freier Europa ist der General Gruenther. Sein Auftrag zur Integration der atlantischen Streitkräfte ohne politische Integration war von Anfang an nicht beneidenswert. Trotzdem gelang ihm die Organisation des gemeinsamen Verteidigungsraumes. Führungsmäßig wurden die großen Räume von Nordkap bis zur Levante geordnet. Was sich Infrastruktur nennt, die Vorbereitung der gemeinsamen militärischen Nutzung der Bodenanlagen, wurde, kühn über Ländergrenzen hinwegschreitend in Angriff genommen. Hauptquartiere und Nachrichtennetze, gemeinsame Kommandosprache und integrierte Stäbe wurden eingeführt. Gemeinsame Manöver rollten planmäßig ab.

Der NATO-Apparat braucht jedoch mehr. Er benötigt Bataillone und Staffeln, um den aufgestellten Rahmen zu füllen. Ohne Divisionen wäre er nicht mehr als ein interessantes Planspiel. Und diese Gefahr zieht am Horizont herauf. Frankreich machte den Anfang, indem es willkürlich Divisionen abzog, um sein rissiges Kolonialreich zu halten. Vollwertigen Ersatz zu liefern, war es nicht in der Lage oder willens. Belgien hat verkündet, dass die Reduzierung der Wehrpflicht eine Kürzung der Divisionszahl um eine Einheit mit sich bringt. Auch die Verringerung der britischen Streitkräfte um 100 000 Mann muss sich auf den Bestand der NATO an britischen Divisionen auswirken. Die strategischen Veränderungen am Südflügel, mit der Neutralisierung Österreichs beginnend über den Verlust des jugoslawischen Puffers bis zu den tiefen Differenzen zwischen Griechenland und der Türkei, lassen dessen Verteidigung in der Luft hängen solange, bis eine operative Diversion geschaffen ist.

Die Berücksichtigung atomarer Einflüsse auf militärische Operationen auf Taktik, Gliederung und Ausrüstung kommt hinzu, um die Probleme des amerikanischen Generals nicht zu erleichtern. Seine Forderung auf Bildung einer einheitlichen NATO-Luftwaffe ist Ausdruck der Erfahrungen mit "Carte blanche", der sensationellen Luftübung, die auch das Fehlen

eines schnell und lückenlos funktionierenden Radarnetzes als besondere Schwäche erkennen ließ. Im freien Westen hat noch kein Staat die neue endgültige Form gefunden: die USA exerzieren noch mit zwei Versuchsdivisionen. England ist gedanklich am weitesten vorwärtsgekommen, soweit es Europa betrifft. Auch in dieser Frage hat Frankreich erklärt, dass es eine Sonderrolle zu spielen wünscht; angeblich verbieten die Kosten eine Umorganisation der französischen Truppen. Die Bundesrepublik hat den Vorteil, dass sie bis zur Aufstellung ihrer Divisionen abwarten kann, wie sich die neuen Dinge bei den Partnern entwickeln. Bemerkenswert ist, dass sich Holland gegen alle Sonderrechte wehrt, die andere NATO-Mächte, unter welchen Begründungen auch immer, für sich in Anspruch nehmen wollen, um an ihrem vereintarten NATO-Beitrag zu rütteln.

#### Auch Großmächte sind überfordert

Ohne Zweifel durchwandert die NATO zur Zeit eine Durststrecke. Gruenther sprach vom Nichterreichen der Planziele und machte dafür vornehmlich Frankreich verantwortlich. Das Tempo einer Gemeinschaft wird gemeinhin vom schwächsten Mitglied bestimmt; militärisch ist das zur Zeit Frankreich. Aber auch bei den anderen Mitgliedstaaten macht es sich bemerkbar, dass die Zeit wirksamer Rüstung für Klein- und Mittelstaaten vorüber ist. Sie können sich nur noch an die echten Groß- und Weltmächte anhängen, wenn sie auf der militärischen Höhe bleiben wollen. Atomwaffen und interkontinentale Raketengeschosse erfordern einen solchen wissenschaftlichen, industriellen und finanziellen Aufwand, dass schon das Gesamtpotential einer Weltmacht dazu gehört, um Schritt halten zu können. Trotzdem lassen selbst hochindustrielle Staaten von der Größe Schwedens den Kopf nicht hängen und versuchen Schritt zu halten. Kompliziert wird der Fall durch den Zwang, neben den neuen Waffen auch die alten nicht zu vernachlässigen, die man "herkömmliche Waffen" nennt. Das führt zur glatten Überforderung der Leistungskräfte auch solcher Staaten, die bisher als Großmächte galten. Auf diese Weise werden übrigens die Militärs zu unfreiwilligen Befürwortern umfassender Abrüstung im Widerspruch zu ihrer Haltung zwischen den Kriegen.

General Gruenther ist ein erfahrener Mann. Er wird die Plinte nicht ins Korn werfen. Außerdem weiß er, dass auch die andere Seite ihre militärischen Sorgen hat. Auch bei ihr fliegen Späne unter dem Hobel der atomaren Gesetze. Die Koexistenz ist ein politischer "New Look"; sie hat aber auch militärische Ursachen. Nur verliert keine Seite ein Wort darüber. Aus der militärischen Optik wirkt der "New Look" wie ein Überbrückungskredit, den Konstrukteure und Generalstäbler nur allzu gern in Anspruch nehmen, um die allgemeine Zeit des militärischen Rätselratens durchzuhalten. In Zeiten fester militärischer Doktrinen wäre die zeitweise Schwäche der NATO ein Anreiz, sie rücksichtslos auszunutzen. In diesem Stadium der Unsicherheit und des Herumtastens ist sie weit weniger gefährlich. Doch sollte man sich damit nicht zufrieden geben. \* \* \*

### Christentum - kein Parteimonopol

Zu einer Diskussion zwischen evangelischer Kirche und SPD

R. Dr. Die evangelische Akademie in Bad Boll gab kürzlich ein Kommuniqué heraus, in dem erklärt wurde, dass keiner Partei ein kirchliches Monopol zukomme, dass vielmehr in allen demokratischen Parteien christliche Impulse wirksam seien und verstärkt werden müssten.

Das Kommuniqué war der Schlussakkord einer mit grosser Offenheit geführten Aussprache zwischen führenden Vertretern der beider evangelischen Landeskirchen Baden und Württemberg und sozialdemokratischen Abgeordneten aus dem deutschen Südwesten. Das Gespräch zeigte eine weitere Annäherung der beiderseitigen Standpunkte, nicht nur im Grundsätzlichen, sondern auch in tagespolitischen Fragen. Die Kirche räumte in diesem Gespräch genau so freimütig ein, dass sie zu lange an der Welt des Arbeiters vorbeigegangen sei, wie die SPD zugestand, dass der frühe Sozialismus in seiner Rebellion gegen den Staat und das durch die Bibel gedeckte Manchesterturn weit über das Ziel hinausgeschossen sei. Beide Partner waren sich darüber klar, dass heute eine andere Kirche und eine andere SPD vor uns stehen.

#### Einsicht auf beiden Seiten

Die SPD hält noch immer fest an dem Teil marxistischer Theorien und Erkenntnismethoden, der von der Wissenschaft anerkannt ist, sie bekennt aber zugleich den Irrtum des Sozialismus, dass eine bestimmte weltliche, ökonomische Ordnung Ersatz der Religion sein könnte oder gar sollte. So ist aus achselzuckender und zögernder Duldung des Christentums Anerkennung geworden. Die Kirche hinwiederum bestätigte, dass die SPD nicht antichristlich sei. In ihr gebe es - wie in jeder Partei - Christen und Nichtchristen. Die Vertreter der Kirche fügten ausdrücklich hinzu, dass die Zugehörigkeit zur CDU weder eine christliche, noch eine kirchliche Forderung sei.

Der Erfolg der Tagung bestand auch darin, dass fragwürdige Begriffe geklärt wurden. Von "christlicher Politik" - war die übereinstimmende Meinung - sollte nicht geredet werden. Die Vertreter der SPD kritisierten die Unwahrhaftigkeit des Monopolanspruches einer

sich "christlich" nennenden Partei. Christen sollten sich verbitten, wenn eine Partei für sich in Anspruch nehme, das Votum für sie sei ein Votum für das Christentum. Die SPD entlehne ihre sozialistischen Vorstellungen zu wesentlichen Teilen der christlichen Ethik. Auch andere Parteien könnten immer nur einen Teil ihrer Forderungen den Lehren der Kirche entlehren.

#### Gegen katholisches Staatsdenken

Die Vertreter der Kirche sagten zu diesem Thema mehr als die sozialdemokratischen Gesprächspartner vielleicht erwartet haben mochten. Einmal wurde von den führenden Vertretern der evangelischen Kirchen offengelegt, dass ihnen das katholische Staats-Denken, das aus der hierarchischen Ordnung heraus wächst, tiefe Sorgen bereite. Nüchtern wurde vermerkt, dass auch die CDU dieses Ghetto-Denken in sich trage und es wurde festgestellt, dass die wirksamste Erfüllung christlicher Impulse in der Politik durchaus nicht zwangsläufig auf die möglichst häufige und penetrante Anwendung des Begriffs "christlich" angewiesen sei. Es wurde sogar eingeräumt, dass sicherlich in gleich vielen Fragen die Anliegen der Christen bei der SPD besser vertreten würden, wie das bei anderen Fragen durch andere Parteien der Fall sei. Eins aber wurde der SPD unumwunden zugestanden: dass sie aus gewissen gesellschaftlichen Realitäten entschlossener Konsequenzen zu ziehen bereit sei, als die evangelische Kirche, von anderen Kräften, die den gleichen Anspruch erhöben, ganz abgesehen.

Es gab noch mehr Berührungspunkte, die über rechtstheoretische und wirtschaftliche Probleme bis zur praktischen Frage der 40-Stunden-Woche, zur Stellung des Eigentums bis zur notwendigen Kontrolle der Macht vorstießen. Innerhalb der sehr offenen Diskussion sprach jeder nur für seine Person. Dass dennoch eine so weitgehende Übereinstimmung der Meinungen - das galt für die SPD wie für die Kirchen - beobachtet werden konnte, darf als Beweis dafür gewertet werden, dass die Ergebnisse dieser Diskussion, die mehr als eine lose Fühlungnahme war, repräsentativ für die Meinung der betreffenden Organisationen sind. So hat das Gespräch, zu dem die evangelischen Bischöfe von Baden und Württemberg eingeladen hatten, manche Vorurteile ausgeräumt und beide Seiten wesentlich näher gebracht.

Anklage aus dem eigenen Lager

sp. Der bekannte Jesuitenpater Prof. Nell-Breuning wählte die Jahresversammlung des Bundes katholischer Unternehmer, die am vergangenen Wochenende in Bad Neuenahr tagte, zur Tribüne der Übermittlung einiger handfester Wahrheiten. Nell-Breuning ist durch viele sozialkritische Schriften hervorgetreten. In Fragen, wie etwa zur Sozialreform, zum erweiterten Mitbestimmungsrecht der arbeitenden Menschen, zur fortschreitenden Restauration in der Bundesrepublik nimmt er eine unabhängige, kritische und von der offiziellen CDU-Politik oft weit abweichende Stellung ein. Die Bestimmtheit seiner Ansichten und Thesen wirkt oft auf seine konservativen Zuhörer schockierend; was er nun den katholischen Unternehmern sagte, enthält geradezu Dynamit.

Nell-Breuning als ein kluger, wachsamer Kritiker und Beobachter der deutschen Nachkriegsentwicklung weiss von den Gefahren die in der restaurativen Entwicklung liegen. Fassaden können diesen hohen Geist nicht trüben. Für ihn ist die Wiedervereinigung unseres gespaltenen Vaterlandes kein mechanischer Vorgang, der sich etwa in einem Anschluss der Mittelzone an die Bundesrepublik vollzieht. Was hatte er dazu den katholischen Unternehmern zu sagen? Bestimmte endgültige Tatsachen seien dort im Laufe der letzten Jahre geschehen, die sich nicht mehr rückgängig machen lassen, ausser - dieser Gedanke blieb freilich unausgesprochen - die Forderung nach der Wiedervereinigung bliebe nur ein Lippenbekenntnis. Eine dieser Tatsachen ist nach ihm die vollzogene Aufteilung des Grossgrundbesitzes und die Verstaatlichung bestimmter industrieller Grossbetriebe. Nell-Breuning folgert daraus, dass eine einfache Rückgängigmachung dieser Veränderungen in der Gesellschaftsstruktur nicht mehr möglich sei - eine Folgerung, die die deutsche Sozialdemokratie aus Gründen der Überwindung der Spaltung schon lange gezogen hat.

Der katholische Sozialkritiker sieht in der Entwicklung der Sowjetzone mehr als nur einen, von aussen her eingesetzten gewaltsa-

24.10.1955

nen Vorgang, der an Kraft verliere, wenn ihm der äussere Druck und die Mittel des Terrors und der Einschüchterung genommen werden. Bestimmte Erscheinungsformen werden bleiben, wie neben der schon erwähnten Bodenreform und der Verstaatlichung der Grossbetriebe auch die Schulfreiheit, die gerade für die bisher benachteiligten Schichten die Tür zum sozialen Aufstieg öffnet. Die Geschichte kennt nach so grossen sozialen und gesellschaftspolitischen Erschütterungen, wie sie als Folge des zweiten Weltkrieges gerade mit besonderer Vehemenz über die deutsche Mittelzone hereingebrochen sind, keine Rückkehr zum Status quo; Aufgabe der westdeutschen Politik, die sich in Freiheit bewegen kann, ist es, diesen Gegebenheiten Rechnung zu tragen und im eigenen Bereich die Verhältnisse sozialpolitisch und in der demokratischen Lebensordnung so frei zu gestalten, dass deren Ausstrahlungskraft auch die Menschen in der Zone erreicht. Sie müssen erst noch die Gewissheit erhalten, dass sie, um mit Nell-Breuning zu sprechen, im Falle der Wiedervereinigung "nichts verlieren, was ihnen schätzenswert erscheint und viel Wertvolles fänden, was sie bisher nicht gekannt hätten."

Es ist erfreulich und sehr dankenswert, dass Probleme der Wiedervereinigung nun in einem Licht gesehen werden, das bisher gemieden wurde. Leider verschweigt der Bericht in einer Frankfurter Zeitung, dem wir die Gedanken Nell-Breunings entnehmen, das Echo auf Seiten der katholischen Unternehmer. Ob man wohl wieder diesen mutigen Mann, der die Kühnheit besitzt, Zeitfragen unerschrocken zu behandeln, zum versteckten Bolschewisten wird stempeln wollen?

\*

\*

\*

---

Verantwortlich: Peter Raunau